



**Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.
im Rat der Stadt Köln**

An den
Vorsitzenden des
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters:

AN/1587/2007

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	13.12.2007

Konzertierte Aktion gegen Gewalt- und Drogenkriminalität

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma,

die Fraktion pro Köln bitte Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung aufzunehmen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, ein Konzept für eine konzertierte Aktion der Stadt Köln zusammen mit Eltern, Schulen, Polizei und Justiz zur Bekämpfung der Gewalt- und Drogenkriminalität in Köln auszuarbeiten und dem Rat zur Beschlußfassung vorzulegen. Zielgruppe sollen insbesondere junge Männer mit Zuwanderungshintergrund in den bildungsfernen Schichten sein.

Begründung:

In Nordrhein-Westfalen sind im vergangenen Jahr etwa 190.000 Personen verurteilt worden, weil sie eine Straftat begangen haben. Das sind zwar drei Prozent weniger als in 2005, aber die Gewalt- und Drogendelikte, bei denen Jugendliche die Täter sind, haben zugenommen. Heranwachsende zwischen 18 und 21 Jahren weisen das größte „Kriminalitätskonto“ aus. So wurde 2006 fast jeder 30. Heranwachsende wegen einer Straftat verurteilt. Der Anteil der nichtdeutschen Täter ist landesweit auf 22,7 Prozent angewachsen. Von ihnen sind mehr als 80 Prozent Männer.

Die steigende Gewaltkriminalität bekommt die Polizei auch in Köln nicht mehr in den Griff. Fast jede achte Verurteilung betraf im vergangenen Jahr ein Gewaltdelikt. Bei Jugendlichen war in 2006 landesweit im Bereich der Gewaltdelikte ein Zuwachs von 9,6 Prozent gegenüber 2005 festzustellen. Die Drogen-Kriminalität erreichte in Nordrhein-Westfalen mit 15.000 Verurteilungen – eine Zunahme von 4,9 Prozent - einen neuen Höchststand. Die Zahl

der von jungen Menschen begangenen Körperverletzungen ist in den letzten 20 Jahren um das dreieinhalbfache angestiegen, wobei die Täter häufig den bildungsfernen Schichten angehören.

Diese Entwicklung macht ein zielgruppenspezifisches Eingreifen der öffentlichen Hand nötig. Die Stadt Köln sollte dafür die Initiative ergreifen.

gez. Manfred Rouhs